



02.11.2018: Jair Bolsonaro gewann die Präsidentschaftswahlen. Der Sieg des Ex-Militärs, der offen die frühere Militärdiktatur sowie Folter befürwortet, stellt eine Zäsur für die brasilianische Demokratie dar. Über die unterschiedlichen Ursachen des extremen Rechtsrucks Brasiliens sprach *Audrey Changoe* mit der Amazonienexpertin ***Eliane Brum*** und dem Aktivisten ***Itamar Silva***.

Welche Faktoren führten zu der enormen Popularität Bolsonaros und was sagt dies über die brasilianische Gesellschaft aus?

Itamar Silva: Die Kandidatur Bolsonaros war bis drei Monate vor dem ersten Wahlgang eher als bizarres Phänomen betrachtet worden. Dabei präsentierte sich ein sonderbarer Kandidat mit einem aggressiven Profil, voller Vorurteile und einer rassistischen Rhetorik. Alle Analysen berücksichtigten, dass er bei einem großen Teil der brasilianischen Bevölkerung Anklang fand, die brasilianische Gesellschaft wählte konservativ. Bei der Linken kam dann plötzlich Haddad ins Rennen. Er startete bei 4% und ihm gelang ein beeindruckender Aufstieg auf 19%, womit Lula, für viele unerwartet, eine Stimmenübertragung zustande brachte.

Doch kurz vor den ersten Wahlgang ereignete sich etwas, das die wahre Strategie Bolsonaros offenlegte. Als eine Woche vor dem ersten Wahlgang die Massendemonstrationen "#Ele Não" (der nicht) stattfanden, eine der größten Demonstrationen überhaupt, die von Frauen veranstaltet wurde und Tausende auf die Straße brachte, arbeitete Bolsonaros Wahlkampf parallel dazu bereits mit einer Fake-News-Kampagne auf WhatsApp und in den sozialen Medien. Er versendete Bilder, mit denen die Demonstration verzerrt dargestellt und ein anti-feministischer Diskurs entfacht wurde.

Am Tag nach der Demonstration zeigte die erste Wahlumfrage, dass der Erfolg von Bolsonaros Wahlkampf nicht gestoppt worden war, sondern stattdessen einen Sprung von 15 Prozent nach oben gemacht hatte, seine Werte waren von 30 auf etwas über 40 Prozent gestiegen. Außerdem erklärte der evangelikale Bischof Edir Macedo von der Universalkirche des Königreichs Gottes (Universal do Reino de Deus) in derselben Woche öffentlich seine Unterstützung Bolsonaros. Diese Kombination von Fake News und der Unterstützung durch Bischof Macedo haben direkt vor dem ersten Wahlgang zu einem explosionsartigen Stimmenzugewinn Bolsonaros geführt.

Die Verquickung von Religion und Politik ist ein eigenümliches Phänomen: Welchen Einfluss haben die evangelikalen Kirchen auf die brasilianische Politik und was genau bedeutet »evangelikal«? Verbergen sich hinter dem Namen unterschiedliche interne Gruppierungen oder handelt es sich um eine einheitliche Gruppe?

Itamar Silva: Ich denke, es ist wichtig, dass wir über die Rolle der Evangelikalen bei der Wahl sprechen. Zuerst einmal müssen wir aufhören zu verallgemeinern. Es handelt sich nicht um eine homogene Gruppe. Bei den Evangelikalen gibt es viele progressive Pfarrer. Was wir unter die Lupe nehmen müssen ist das Wachstum der neuen Pfingstkirche in Brasilien. Diese Bewegung ist als Universalkirche des Königreichs Gottes in Brasilien schnell gewachsen.

Universalkirche ist zu einer politischen Kraft geworden

Die Universalkirche und ihre Anhänger haben ganz klar erkennbare Strategien, um politische Räume zu erobern. Man muss daran erinnern, dass die Universalkirche bei den letzten Wahlen, für die Lula kandidierte, ihn noch unterstützte. Für diese Unterstützung damals war wichtig, dass sie ungeachtet der ideologischen Differenzen Lulas Popularität nutzen konnten, um ihre eigene Machtposition zu stärken. Inzwischen sind sie sowohl im Kongress wie auch in einigen Hauptstädten (der Bundesstaaten) zu einer politischen Kraft geworden. Bischof Edir Macedo gehört im Kongress, der Legislative, zur Bibelfraktion, die besonders konservativ ist.

Macedo ist auch Eigentümer von Rede Record, einem evangelikalen Fernsehsender, der inzwischen einer der größten in Brasilien ist. Der Sender hat eine große Reichweite und hebt die Diskussion auf ein neues Niveau, denn nun besitzt diese evangelikale Gruppe eine eigene Stimme im Fernsehen und erreicht viele Leute. Sie nähert sich der armen Bevölkerung undercover, nicht als Kirche, sondern als Botschaft eines Fernsehsenders, der sich mit einem TV-Netzwerk wie Globo vergleichen möchte. So kann man auch verstehen, warum viele Menschen aus den Armenvierteln ihre Stimme Bolsonaro geben. Das hat mit einer Strömung zu tun, die von der neuen Pfingstkirche ausgeht und in den Favelas sehr stark ist. Doch auch ein Teil der katholischen Kirche wählt Bolsonaro. In der Bibelfraktion im Kongress sind auch konservative Katholiken vertreten.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Hass eines Teils der Brasilianer/innen auf Lula, dem weiterhin populärsten Politiker der jüngeren Geschichte und einigen Sozialmaßnahmen, die von der Regierung der PT eingeführt wurden?

Eliane Brum: Die Regierung Lula war von dem Bemühen um Aussöhnung gekennzeichnet, sie hat nie das Einkommen der Reichsten angetastet: Die Reichsten wurden noch reicher, die Armen weniger arm. Was das betrifft, gab es keine strukturellen Veränderungen, in dieser Hinsicht wurde nicht an Privilegien gerüttelt. Die Regierungen der PT haben jedoch sehr wohl an Privilegien gerührt und zwar solchen, die besonders der weißen Mittelschicht lieb und teuer

waren.

PT-Regierungen haben an Privilegien gerührt

Dazu gehörte die Einführung der ethnischen Quoten an den Universitäten: Sie erlaubte es Schwarzen, in einen Raum vorzudringen, der historisch von den Weißen besetzt war. Nun hielten also die Schwarzen Einzug in die Universität und brachten auch andere Erfahrungen und einen anderen Diskurs mit.

Eine andere Reform, die die Privilegien antastete, betraf die gesetzliche Situation der Hausangestellten. Die Hausangestellte in Brasilien war immer eine Art moderner Sklavin. Die Familien der Mittelschicht waren daran gewöhnt, eine Sklavin im Haus zu haben, meistens eine schwarze, mit Arbeitstagen ohne Ende und fast keinen Rechten. Die Gesetzesänderung für die Hausangestellten holte diese nun aus der modernen Sklaverei heraus und machte sie zu einer weiteren ausgebeuteten Kategorie von Arbeitern – ausgebeutet, aber mit Rechten. Bis dahin hatten auch die Familien der Mittelschicht, die unter der Krise litten, ihre Sklavin sicher, die sich um die Kinder, das Essen und das Haus kümmerte. Das wurde nun durch die erweiterten Rechten der Hausangestellten schwieriger.

Ich denke, dass diese beiden politischen Maßnahmen zwei Beispiele für Veränderungen sind, die tief verwurzelte Privilegien – vor allem der weißen Mittelschicht – antasteten. Weiße Brasilianer*innen mussten plötzlich gesellschaftliche Räume teilen, die bis dahin ihnen vorbehalten waren, was große Auswirkungen auf den Alltag hat. Niemand wird explizit sagen, dass er unter der größeren Präsenz von Schwarzen in diesen Bereichen leidet, die vorher exklusiv den Weißen gehörten, aber meiner Meinung nach hat das einen großen Einfluss. Es tut immer weh, Privilegien zu verlieren.

Dazu kommt eine Wirtschaftskrise, die dazu führt, dass die Menschen sich noch schutzloser fühlen. Das ist natürlich nur ein Aspekt, mit dem die feindliche Einstellung gegenüber der PT zu erklären ist. Dies äußert sich über den Vorwurf der Korruption, denn Korruption ist ein schönes Etikett für den Hass, niemand ist für Korruption. Doch ich glaube, dass die Erklärungen tiefer gehen und etwas ansprechen müssen, das noch im Verborgenen liegt.

Hat denn eines der Bevölkerungssegmente, die von der Sozialpolitik der PT profitiert haben, positiv darauf reagiert?

Itamar Silva: Ich denke, diese sozialpolitischen Maßnahmen wurden nicht wirklich als Politik verstanden. Vielfach wurden sie als "Gefallen" angesehen. Es gab wenig Aufklärung darüber, dass es sich bei diesen Wohltaten um Rechte handelt, die man sich erkämpfen muss, und um einen Erfolg der Bevölkerung zusammen mit einer progressiven populären Regierung.

Was die jungen, armen Schwarzen betrifft, die auf Grund der ethnischen Quoten nun an die Hochschulen gelangten, wurde das nicht von allen akzeptiert. Viele Menschen, die weder

schwarz noch arm waren, reagierten sehr negativ auf diese Politik. Es gab die Kritik, dass das Prinzip der Leistungsgesellschaft verletzt werden würde. Der junge Mensch, der es aufgrund der Quote auf die Universität schafft, hat wegen der Kritik, von der Quote profitiert zu haben, eine schwere Last zu tragen. Das ist eine Erklärung dafür, dass die Quotenregelung nicht dazu geführt hat, dass diese jungen Menschen den Kandidaten der PT voll unterstützen.

Wie bewerten Sie die Rolle des Blocks der progressiven Linken in der Wahlkampagne?

Itamar Silva: Zu verschiedenen Zeitpunkten der Wahlkampagne war die PT unfähig, zusammen mit den Vertretern der Linken einen Einheitskandidaten aufzustellen. Dies war Ausdruck der grundsätzlichen Probleme der Linken, dem linken Block ein einheitliches Gesicht zu geben.

Seit dem Amtsenthebungsverfahren von Dilma Rousseff im Jahr 2016 war viel Zeit, um in Brasilien eine links-progressive Einheitsfront aufzustellen und die Linke zusammenzuschweißen, um dem Putsch zu widerstehen, aber das ist nicht geschehen. Es gab Meinungsverschiedenheiten und Spannungen zwischen denen, die Dilma mit allen Mitteln verteidigen wollten, und den kritischeren Stimmen. Das hat die Linke geschwächt und die andere Seite, das rechte Lager, gestärkt.

Die progressive Linke Brasiliens muss daher ihre Strategien überdenken.

Die Waffenfraktion im Kongress hat durch die Wahl von Militärs Verstärkung erhalten. Was sind ihre Hauptanliegen?

Itamar Silva: Die Waffenfraktion besteht aus mehreren Parteien. Sie vereint das Anliegen, die geltenden Gesetze zum Waffengebrauch zu ändern. Diese Gruppe möchte den Gebrauch von Waffen flexibilisieren, d.h. den Kauf von Waffen für alle Bürger erleichtern. Sie wird besonders auf dem Land unterstützt, denn eines ihrer Argumente ist, den Gutsbesitzern, also den Landeigentümern, Waffen in die Hände zu geben, um sich gegen die Indigenen, die Gruppen der Landlosenbewegung MST und die sozialen Bewegungen verteidigen zu können.

Dies ist ein großes Problem, und mit diesem Diskurs der Militarisierung geht die Logik einer Konfrontation und Kontrolle durch Gewalt einher, ohne Beteiligung der Bevölkerung und ohne Überwachung dieser Kräfte durch die Zivilgesellschaft. Bolsonaro setzt sich klar und deutlich für diesen Diskurs der Militarisierung ein und unterstützt die Haltung, dass Polizeibeamte, die im Dienst jemanden umbringen, nicht vor Gericht gebracht werden.

Welche Rolle hat die brasilianische Presse dabei gespielt, dass Brasilien in diesen Krisenzustand gerutscht ist?

Eliane Brum: Der Journalismus ist für jede Demokratie von wesentlicher Bedeutung, aber nur der unter professionellen Gesichtspunkten gute Journalismus. Unglücklicherweise sprach ein

Brasilien: Wie ein rechtsextremer Kandidat die Wahlen gewann

Kategorie: Im Interview

Veröffentlicht: Freitag, 02. November 2018 06:00

Großteil der brasilianischen Presse über die beiden Kandidaten für die Wahl in Brasilien so, als ob es sich um zwei demokratische Kandidaten handelte. Doch es war sehr deutlich, dass es sich um einen demokratischen Kandidaten, Fernando Haddad, handelte und dass der andere Kandidat, Jair Bolsonaro, sich gegen die Demokratie als solche stellte.

Ein Beispiel für die widersprüchliche Rolle der Presse bei diesen Wahlen ist die Berichterstattung über die Demonstration "Ele Não" vom 29. September. Diese Demonstration weist ganz unterschiedliche Aspekte auf, die sehr interessant sind. Einer davon ist, dass sie nicht im südlichen Zentrum Brasiliens ihren Ausgangspunkt hatte, sondern in Bahia, wo eine schwarze Frau aus der Peripherie, eine Anarchistin, eine Facebookseite mit dem Namen "Frauen vereint gegen Bolsonaro" schuf, die sofort Millionen Followers hatte. Daraufhin wurde die Bewegung "Ele Não" gegründet, die am 29. September Hunderttausende auf die Straßen Brasiliens brachte.

Viele Parteien und viele Ethnien demonstrierten hier und es gelang, die Menschen zusammenzubringen zu einem Zeitpunkt, wo das Land in verschiedene Fraktionen zersplittert ist. Es war die größte von Frauen organisierte Demonstration in der Geschichte Brasiliens und die größte Demonstration anlässlich der Wahlen 2018. Es gab an diesem Tag kaum eine wichtigere Nachricht als diese, aber im Fernsehen wurde fast nicht darüber berichtet.

Im Gegensatz dazu erinnern wir uns noch gut an die ausführliche Berichterstattung über die Demonstrationen für das Amtsenthebungsverfahren von Dilma Rousseff und gegen die PT. Der Fernsehsender Globo News berichtete sogar live.

Wenn die Medien nicht ihre Aufgaben erfüllen, wird eine Parallelrealität geschaffen. Unterstützer/innen von Bolsonaro stellten Videos und Fotos von anderen Demonstrationen auf WhatsApp, auf denen gewaltsame Szenen und nackte Frauen zu sehen waren, und behaupteten, es handle sich um die Demonstrationen von #Ele Não. Für einen Teil der Bevölkerung, der nicht zu diesen Demonstrationen gegangen war und sich über das Fernsehen informiert, wurde so die Wahrheit zu einer gefälschten Wirklichkeit verdreht.

Bolsonaro macht das Predigen von Hass und Intoleranz populär und seine Hassreden führen zu Gewalttaten. Wie soll man damit umgehen und das bewerten?

Eliane Brum: Bolsonaro hat den Hass nicht erfunden, aber er verkörpert und kanalisiert ihn und schafft es, ihn zur Manipulation zu benutzen und sich seiner zu bedienen. Doch man muss sich ins Gedächtnis rufen, dass Brasilien schon immer ein äußerst gewalttätiges Land war, eines das auf menschlichen Körpern erbaut wurde: Zuerst aus den Körpern der Indigenen und danach aus den Körpern der Schwarzen.

Gewalt wird als normal akzeptiert

Diese heftige Gewalt in der brasilianischen Gesellschaft wird von einem Teil der Bevölkerung als normal akzeptiert: Wir leben in einem Polizeistaat, in einem Land, in dem immer mehrheitlich die Schwarzen sterben, die zugleich die schlechtesten Gehälter, weniger Ausbildung und weniger von allem erhalten, in einem Land, wo die schwarze Jugend in den Favelas kaum älter als 20 Jahre alt wird und wo der Genozid an den Indigenen immer weitergeht. Diese Gesellschaft voller Gewalt lebt jedoch in der falschen Vorstellung, ein warmherziges Land zu sein und pflegt den Mythos einer ethnischen Demokratie.

Doch die kleinen Siege der PT-Regierungen, die das Ergebnis historischer Kämpfe der indigenen Völker und der schwarzen Bewegungen waren, reichten schon aus, um diese Klischeevorstellungen von Brasilien in sich zusammenfallen zu lassen. Die Spannungen kamen an die Oberfläche und Bolsonaro kanalisiert diesen Hass. Er ist der weiße, bewaffnete Mann, der keines seiner Privilegien verlieren will.

Bolsonaro hat die Unterstützung des Agrobusiness. Welche Auswirkungen hat es auf die sozio-ökologische Problematik in Amazonien, welche großen Veränderungen zeichnen sich ab?

Eliane Brum: Die Welt muss unbedingt begreifen, dass Bolsonaro nicht nur für Brasilien eine Bedrohung ist, dass er nicht eine weitere bizarre Gestalt aus Lateinamerika ist, sondern dass er eine Bedrohung für den ganzen Planeten darstellt. Vor kurzem wurde der Bericht des IPCC (Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen, auch "Weltklimarat") veröffentlicht, in dem festgestellt wird, dass die globale Erwärmung 1,5 Prozent nicht übersteigen darf. Ein halbes Prozent mehr bedeutet bereits für Millionen Menschen den Tod und die Auslöschung vieler Arten.

eine Bedrohung für den ganzen Planeten

Ohne den Amazonas-Regenwald kann die globale Erwärmung nicht wirksam bekämpft werden. Vielleicht ist Brasilien gerade in vielerlei Hinsicht dabei, zu einem Staat an der Peripherie zu werden. Aber Amazonien steht zu diesem historischen Zeitpunkt im Zentrum der so besonders wichtigen Debatte über Klimaveränderungen. Circa 20 Prozent des Amazonaswaldes wurden bereits zerstört. Laut den letzten Studien liegt der Tipping-Point zwischen 20 und 25 Prozent. Wenn dieser Umschlagspunkt erreicht wird, ist der Wald nicht länger ein Wald, sondern eine Region mit lockerer Vegetation und niedriger Biodiversität. Bolsonaro hat bereits angekündigt, dass er aus dem Pariser Klimavertrag aussteigen will. Er will auch das Umweltministerium auflösen und es mit dem Landwirtschaftsministerium zusammenlegen. Und diesen Koloss wird er dann dem Agrobusiness überlassen.

Es ist wichtig zu verstehen, dass ein großer Teil des Agrobusiness eher Agrobänditentum ist, der im Land-Grabbing, der gewalttätigen Aneignung großer Landgebiete im brasilianischen Amazonasgebiet, seinen Ursprung hat. Bolsonaro hat die Unterstützung des Agrobusiness. Es

wird eine große Auseinandersetzung gerade in Amazonien geben. Denn dort gibt es noch viel Freiraum mit großen Mengen an öffentlichem Land, das man für Soja, Vieh und Bergbau erschließen kann. Diese öffentlichen Territorien gehören heute den Indigenen oder den Quilombolas (Bewohner von Siedlungen, die einst von schwarzen Sklaven gegründet wurden), einige davon sind bereits demarkiert, andere warten noch darauf. Außerdem gehören dazu die Naturschutzgebiete, an deren Flussufern Bevölkerungsgruppen leben.

Die Demarkation der indigenen Landgebiete ist in der Verfassung von 1988 festgeschrieben, wurde jedoch bisher nicht vollständig umgesetzt. Ein Teil der brasilianischen Bevölkerung begreift nicht, dass diese Territorien von Indigenen, der Bevölkerung an den Flussufern und den Quilombolas öffentliches Land ist, das diesen Bevölkerungsgruppen zur Nutzung überlassen wird. Dieses Land darf nicht kommerzialisiert werden. Gerade die von den Amazonasbewohner/innen bewohnten Territorien stellen die größte Hürde gegen die Entwaldung dar. Den Wald gibt es nur noch, weil es öffentliches Land gibt, das geschützt wird.

Bolsonaro hat gesagt, er werde keinen einzigen Zentimeter vom Land der Indigenen oder der Quilombolas mehr demarkieren und versuchen zu erreichen, dass die bereits demarkierten Gebiete verkauft werden können. Er sagt: "Die Indios wollen Leute wie wir sein". Er behauptet, es sei ein Recht der Indigenen und der Quilombolas, Land zu verkaufen. Das ist eine genau kalkulierte Strategie, um öffentliches Land auf den Markt zu bringen, das bisher nicht vermarktet werden darf. Wir können uns vorstellen, in wessen Hand all dieses Land endet, wenn das in die Tat umgesetzt wird, und wie viel vom Wald dann noch übrigbleibt. Doch um das zu tun, müsste die Verfassung geändert werden, die eine solche Politik bisher nicht gestattet. Die große Auseinandersetzung wird sich also um das Amazonasgebiet drehen. Und es ist zu erwarten, dass dies auch die gewaltsamste sein wird.

Wie sollte sich die Zivilgesellschaft auf den Wahlsieg Bolsonaros vorbereiten?

Itamar Silva: Wir müssen uns gegenseitig unterstützen, um zu überleben, denn es wird sofort einen Angriff auf NGOs und soziale Bewegungen geben, darüber habe ich keinen Zweifel. Die Polizei wird dazu angehalten werden, Kontrolle über jeglichen Aktivismus oder öffentliche Demonstrationen auszuüben. Auf der anderen Seite müssen wir zusehen, wie wir finanziell überleben. Denn schon heute gibt es viele NGOs in Brasilien, die aus Geldmangel schließen mussten. Die Regierung Temer hat den Hahn für alle Finanzierungswege der Zivilgesellschaft, die über die Ministerien laufen, zugedreht. Unter einer Regierung Bolsonaro wird dies noch schlimmer werden.

Der internationalen Zusammenarbeit wird in diesem neuen politischen Szenario eine wichtige Rolle zukommen, um die Zivilgesellschaft zu unterstützen. Ich erinnere mich noch daran, wie wesentlich eine derartige Unterstützung durch die internationale Zusammenarbeit in den 80iger Jahren, zu Beginn des Demokratisierungsprozesses in Brasilien, für die brasilianische Zivilgesellschaft war, als diese für die Redemokratisierung kämpfte – bis dann 1988 mit unserer neuen Verfassung der Durchbruch erzielt wurde.

Gesprächspartner*innen

Brasilien: Wie ein rechtsextremer Kandidat die Wahlen gewann

Kategorie: Im Interview

Veröffentlicht: Freitag, 02. November 2018 06:00

Eliane Brum ist eine renommierte Journalistin, Schriftstellerin und Amazonienexpertin. Sie ist Kolumnistin für die Zeitung El Pais Brasil und forscht in Amazonien zur dortigen Umweltsituation sowie zu den Auswirkungen des Mega-Staudamm-Projektes Belo Monte auf lokale Bevölkerungsgruppen.

Itamar Silva arbeitet als Koordinator beim sozialwissenschaftlichen Institut IBASE in Rio de Janeiro. Er ist Aktivist der Favela Bewegung und Mitglied der Observatório da Intervenção, einer Initiative der Zivilgesellschaft, die im Februar 2018 gegründet wurde, um die Aktivitäten der Militärintervention im Bundesstaat Rio de Janeiro zu beobachten.

Der Text wurde von der Internetseite der »Heinrich Böll Stiftung - Die grüne politische Stiftung« übernommen:

[Brasilien: Wie ein rechtsextremer Kandidat die Wahlen gewann](#)

30. Oktober 2018

von Audrey Changoe

Lizenziert unter [Creative Commons License](#). (CC BY-SA 4.0)

mehr zur Wahl in Brasilien auf [kommunisten.de](#):

- [Ultrarechter Jair Bolsonaro gewinnt Präsidentschaftswahl. Brasilien driftet zum Faschismus](#)
- [Digitale politische Kommunikation in der Präsidentschaftskampagne von Jair Bolsonaro](#)
- [Fernando Haddad ist in der zweiten Runde!](#)